

# OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



© OeRK/Marianne Eijlersten

*Kleiner Tanz bei einem Ausflug nach Petra, der antiken Metropole der Nabatäer, während der Tagung des Exekutivausschusses des Weltkirchenrats in Amman/Jordanien vom 17. bis 23. November 2017*

## Erderwärmung: Derzeitige Gegenmaßnahmen reichen nicht

Die Ziele des Klimaabkommens von Paris werden bei Weitem nicht erreicht, wenn alle Länder so weitermachen wie bisher. Selbst bei Einhaltung aller bislang von den Ländern vorgelegten Klimaschutzzusagen wird sich die Erdtemperatur laut UN-Umweltprogramm (UNEP) um mindestens drei Grad im Vergleich zur Zeit vor der Industrialisierung erhöhen.

Diesen Zwischenstandsbericht, den sogenannten „8. Emissions Gap Report“, stellte das Umweltprogramm Ende Oktober 2017 in Genf vor. In Paris hatten die Staaten 2015 vereinbart, die Erderwärmung möglichst auf ein Komma fünf Grad zu begrenzen, auf jeden Fall aber auf deutlich unter zwei Grad. „Es besteht dringend Bedarf, die kurzfristigen Maßnahmen zu beschleunigen und die langfristigen Ziele ehrgeiziger zu gestalten“, heißt es im UNEP-Report.

Das Ziel von höchstens zwei Grad durchschnittlicher Erwärmung gilt als äußerste Grenze, um katastrophale Klimafolgen abzuwenden. Nach Angaben der Weltwetter-

organisation (WMO) ist es bereits jetzt ein Komma zwei Grad wärmer.

Viele Wissenschaftler warnen schon bei plus ein Komma fünf Grad bis Ende des Jahrhunderts vor für die Menschheit kaum tragbaren Folgen: Schmelzen der Eiskappen, Anstieg der Meeresspiegel, mehr Wetterextreme. Deshalb hatte sich die Weltgemeinschaft im Abkommen von Paris 2015 geeinigt, die Erderwärmung möglichst schon bei ein Komma fünf Grad zu stoppen – das ist nur noch null Komma drei Grad höher als derzeit.

Um die Erwärmung zu verlangsamen und auf deutlich unter zwei Grad zu halten, reichen dem Bericht zufolge derzeitige Maßnahmen nicht aus. Die CO<sub>2</sub>-Mengen hätten sich seit 2014 zwar nicht wesentlich erhöht, was vor allem am Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung in China, Indien und den USA gelegen habe. Eine Trendwende sei das aber noch nicht. Die UNO-Umweltbehörde fordert deshalb, dass alle Staaten sofort ihre Bemühungen vergrößern, wenn die Ziele der Klimakonferenz in Paris erreichbar bleiben sollen. Die derzeitigen Klimaziele der Staaten ergäben nur ein Drittel der Emissionsreduktionen, die bis 2030 nötig wären, um die schlimmsten Folgen der Erderhitzung zu vermeiden.

## AUS DEM INHALT

**Klimawandel:  
Rasches Handeln dringlich**

**FAO zur Bodendegradation:  
Ohne Stop nur noch 60 Jahre  
Landwirtschaft möglich**

**Ungleichheit weltweit:  
World Inequality Report 2018**

**Theologie und Oekonomie:  
Verknüpfung**

**Schweizer Frauensynode:  
Weg vom Geld – hin zu  
menschlichen Bedürfnissen**

**OeRK und Muslimische Weltliga:  
Gemeinsam Extremisten bekämpfen**

**Aus Netzen und Bewegungen**

**Berlin:  
Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie  
2030 mit Oekumenischer Initiative**

**Oekumenischer Ratschlag:  
Eine neue Reformation ist  
notwendig**

**Akademie solidarische Oekonomie:  
Faktenblätter und neue Homepage**

**PLÄDOYER für eine ökumenische  
Zukunft:  
Die Zukunft gestalten – Hoffnung in  
der Planetarischen Krise**

**Oekumenische Initiative Eine Welt:  
Transformation der Welt bis 2030**

**Verein für die Friedensarbeit:  
Für starke internationale  
Organisationen**

**Internationale Oekumenische  
Gemeinschaft:  
Wir gehen zu auf die sichtbare  
Einheit der Kirche**

Das Fazit des Berichts lautet, dass dringend Bedarf besteht, kurzfristige Maßnahmen zu beschleunigen und langfristige Ziele ehrgeiziger zu gestalten, wenn das Pariser Abkommen erreichbar bleiben soll – und dass es praktische und kostenwirksame Optionen gibt, das zu ermöglichen. Um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern bedarf es des schnellen Ausbaus erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz, Aufforstung und Vermeidung von Waldzerstörung. Alle Maßnahmen könnten mit vergleichsweise geringen Kosten umgesetzt werden und langfristig gesehen auch Gewinne bringen.

Ein großes Einsparpotential von bis zu 21 Gigatonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ließe sich nur durch den Ausbau von Solar- und Windenergie, energieeffiziente Geräte und PKW, Stopp von Abholzungen und Aufforstungen erzielen und acht bis 12 Gigatonnen pro Jahr durch eine veränderte Landwirtschaft.

Damit diese Einsparpotentiale auch erzielt werden, sei laut Report vor allem auch die Politik in den Ländern gefordert. Ein wichtiger Schritt sei hierbei auch der Verzicht auf neue Kohlekraftwerke und der Abbau von bestehenden.

Während die UN-Umweltbehörde UNEP davon ausgeht, dass die Klimaziele noch erreicht werden können, wenn sofortige Maßnahmen ergriffen werden, weist eine andere Studie auf schon jetzt bestehende Schäden durch den Klimawandel hin. Eine Kommission der Fachzeitschrift „The Lancet“ stellt fest, dass es einigen Regionen schon jetzt so heiß geworden sei, dass die Produktivität in vielen Bereichen um über fünf Prozent zurückging. Allein im Jahr 2016 hätten mehr als 920 000 Menschen wegen der Erwärmung ihren Arbeitsplatz verloren, davon 418 000 nur in Indien. Das größte gesundheitliche Problem, das durch den Klimawandel entsteht, sehen die Verfasser des „Lancet-Reports“ in der Unterernährung. Für jedes Grad Erderwärmung vermindere sich die Weizenenergie um sechs Prozent, die Reisernte sogar um zehn Prozent.

Außerdem steige auch die Luftverschmutzung. Jedes Jahr sterben dem Bericht zufolge weltweit rund drei Millionen Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung. Mit dem fortschreitenden Klimawandel nehmen die Infektionsraten des Dengue-Fiebers zu. Das Dengue-Fieber war vor 1970 nur in neun Ländern verbreitet, mittlerweile sind es über 100 Länder. Die krankheitsübertragenden Moskitos überschreiten immer mehr Klimazonen.

## Zukunftsvision des OeRK: Einheit, Gerechtigkeit und Frieden

Der Exekutivausschuss des Weltkirchenrates hat bei seiner Tagung in Amman (Jordanien) vom 17. bis 23. November Programmpläne und Haushalt für das Jahr 2018 genehmigt und die Erneuerung des OeRK-Strategieplans vorbereitet. Die besondere Situation in

Jordanien und dem Nahen Osten war ebenso Thema und die Entwicklung von Perspektiven für das weitere Engagement des OeRK in Palästina und Israel.

Die Tagung des Exekutivausschusses fiel in eine Phase der Neuausrichtung der Arbeit des OeRK in verschiedenen Bereichen. Eine neue ökumenische globale Gesundheitsstrategie wurde bereits auf den Weg gebracht. Durch die ökumenischen HIV- und AIDS-Initiativen und Advocacy des OeRK (EHAIA) sowie die jüngst durchgeführte sorgfältige Lagebewertung soll geklärt werden, wie die nächsten Schritte der Organisation im Kampf gegen die Bedrohung der öffentlichen Gesundheit durch HIV und AIDS aussehen müssen. Schließlich genehmigte der OeRK-Exekutivausschuss den strategischen Plan für das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) in den Jahren 2018–21.

## Streben nach Einheit

OeRK-Generalsekretär Pastor Dr. Olav Fykse Tveit betonte in seinem Bericht das Streben nach der Einheit innerhalb der Arbeit des OeRK und richtete dabei ein besonderes Augenmerk auf den Zusammenhang mit dem Engagement für Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt.

Die Vorsitzende des OeRK-Zentralausschusses, Dr. Agnes Abuom, stellte fest, dass die meisten OeRK und -Besuche sich den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens zu eigen gemacht hätten, der seit der Zehnten Vollversammlung in Busan (Republik Korea) 2013 eine Grundlage der Arbeit des OeRK bilde.

„Unser Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens zeichnet sich durch den Glauben der Pilgernden aus“, sagte sie. „Wir haben die Reise begonnen, ohne einander zu kennen. Aber es war ein mutiger Schritt, uns gemeinsam auf den Weg zu machen. Jetzt kennen wir uns.“

## Grüne Lunge der Erde: OeRK verlangt Schutz des Amazonas

„Der Amazonas, die grüne Lunge der Erde, ist in Trauer, und das von ihm erhaltene Leben verdorrt“ – so beginnt eine vom Ökumenischen Rat der Kirchen auf seiner Tagung in Amman abgegebene Erklärung.

„Auch wenn sich seit 2004 der Verlust des Regenwaldes verlangsamt hat, wurden in den letzten zwei Jahren viele bereits erreichte Erfolge wieder rückgängig gemacht“, heißt es weiter. „Amazonas-Aktivistinnen treffen vermehrt auf Einschüchterungsversuche und Gewalt, und 2016 gab es in Brasilien einen Rekordwert von Morden an Umweltschützern: 49 Frauen und Männer, viele von ihnen Vertreter der indigenen Bevölkerung.“

Inzwischen nehme die Regierung frühere Schutzmaßnahmen wieder zurück. „Am bedeutendsten ist die Abschaffung eines rie-

siges, seit 1984 bestehenden Naturschutzgebietes durch den brasilianischen Präsidenten Michel Temer am 23. August 2017, das jetzt wieder für kommerziellen Bergbau zur Verfügung steht.“ „Das 46 000 km<sup>2</sup> umfassende Gebiet ist ein fragiles Ökosystem, das sich über die nördlichen Bundesstaaten Amapa und Para erstreckt und an indigene Gebiete angrenzt.“

## Indonesiens Wälder: Von Palmölindustrie weiter bedroht

Ein Bericht von Greenpeace International während des jährlichen Roundtable von Industrievertretern in Bali zu „Sustainable Palm Oil“ macht deutlich, dass Lieferanten der weltweit größten Verbrauchermarken immer noch nicht garantieren können, dass ihr Palmöl aus Produktionen stammt, für die kein Wald vernichtet wird. Keines der Unternehmen konnte nachweisen, dass es in seiner Palmöl-Lieferkette keine Abholzungen gab. Die Palmölindustrie ist eine der Hauptursachen für die Abholzung der Wälder Indonesiens. Drei Jahre, nachdem die größten Palmölhändler der Welt die Politik ‚Keine Entwaldung‘ beschlossen hatten, untersuchte Greenpeace International elf Händler, um zu sehen, wie viel Fortschritt sie gemacht hatten. Sie konnten nicht nur nicht beweisen, dass ihre Lieferanten keine Regenwälder zerstören, sondern die meisten konnten auch nicht sagen, wann ihre Lieferkette entwaldungsfrei sein würde. „Unser Bericht zeigt, dass anstatt ihre Verpflichtungen ernst zu nehmen, die meisten Händler eine Politik verfolgen, die vorgibt, alles unter Kontrolle zu haben, während Indonesiens Wälder weiter in Rauch aufgehen“, sagte Bagus Kusuma, Forstfachmann bei Greenpeace Südostasien.

„Dies ist ein Weckruf für Marken wie PepsiCo, Unilever, Procter & Gamble und Mondelez, die ihren KundInnen versprochen haben, dass sie ihre Kooperation mit Firmen, die weiterhin Waldzerstörung betreiben, abbrechen würden. Verbrauchermarken können sich nicht darauf verlassen, dass Palmölhändler ihnen entwaldungsfreies Palmöl liefern“, so Bagus Kusuma, der für Greenpeace Southeast Asia die Waldkampagne betreut.

Die Situation für die Wälder Indonesiens ist kritisch. Seit 1990 hat das Land 31 Millionen Hektar Wald verloren – eine Fläche fast so groß wie Deutschland. Die Entwaldung stellt auch eine Bedrohung für die dort lebenden gefährdeten Tiere wie Orang-Utans dar. Greenpeace appelliert an Palmölhändler und -marken, ihre Versprechen einzuhalten und den Ankauf bei Unternehmen zu stoppen, die noch immer Regenwälder roden.

## FAO zur Bodendegradation: Ohne Stop nur noch 60 Jahre Landwirtschaft möglich

Die Erzeugung von drei Zentimetern für die Landwirtschaft und Gartenbau geeigneten fruchtbaren Bodens dauert 1000 Jahre, und wenn die derzeitigen Degradationsraten weitergehen, könnte der gesamte fruchtbare Mutterboden der Welt innerhalb von 60 Jahren verschwunden sein, sagte ein Vertreter der Welternährungsorganisation FAO am Welternährungstag, dem 16. Oktober, in Rom.

Etwa ein Drittel des Weltbodens ist bereits degradiert, erläuterte Maria-Helena Semedo.

Zu den Ursachen der Bodenzerstörung gehören Versalzung, Verdichtung, Versauerung und chemische Verschmutzung, Überdüngung, die Abholzung, die die Erosion verstärkt, und die globale Erwärmung. „Böden sind die Grundlage des Lebens“, ergänzte Semedo, stellvertretende Generaldirektorin der FAO für natürliche Ressourcen. „95 Prozent unserer Nahrung stammt aus dem Boden.“

Wenn keine neuen Ansätze angenommen werden, wird der globale Umfang an Mutterboden und produktiver Fläche pro Person schon im Jahr 2050 nur ein Viertel des Umfangs von 1960 betragen, teilte die FAO mit. Die Ursache liege in der wachsenden Bevölkerung und der Bodenverschlechterung.

Böden spielen eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme von Kohlenstoff und der Filtration von Wasser. Die Zerstörung des Bodens schafft einen Teufelskreis, in dem weniger Kohlenstoff gespeichert wird, die Welt heißer wird und das Land weiter abgebaut wird.

„Wir verlieren jede Minute 30 Fußballfelder Boden, vor allem durch intensive Landwirtschaft“, informierte dazu Volkert Engelsman, ein Aktivist der International Federation of Organic Agriculture Movements in Rom. „Bio (Landwirtschaft) ist vielleicht nicht die einzige Lösung, aber es ist die beste (Option), die ich mir vorstellen kann.“

## Klimawandel: Rasches Handeln dringlich

Anlässlich des Klimagipfels der Vereinten Nationen in Bonn, haben der Weltkirchenrat, der Lutherische Weltbund (LWB) und das ACT-Hilfsbündnis, ihre Sorgen über die langsamen Fortschritte formuliert, die die Staaten bisher bei ihren Schritten gegen den Klimawandel erreicht haben.

„Klimagerechtigkeit kann nicht warten. Diejenigen, deren Lebensraum am stärksten gefährdet ist, müssen im Mittelpunkt des weltweiten Fokus stehen, wenn es um die Bewältigung des Klimawandels geht“, sagte Olav Fykse Tveit vom OeRK. „Wir haben bereits gemeinsam zahlreiche Schritte unternommen, und ganz eindeutig sind wir davon



Oekumenische Gruppe ruft in Bonn bei der internationalen Klimakonferenz COP23 zum raschen Handeln gegen Klimawandel auf

überzeugt, dass diese Initiativen gegen den Klimawandel sinnvoll sind. Und nicht nur das – wir glauben ebenfalls ganz stark an die Arbeit für Klimagerechtigkeit und an eine gemeinsame Verantwortung bei der Lösung dieser Probleme. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln.“

„Rudemar Bueno de Faria, Generalsekretär des ACT-Bündnisses, betonte: „Die Hoffnungen und Erwartungen von Millionen von Menschen, die mit den schlimmsten Folgen des Klimawandels rechnen müssen, beruhen auf Sofortaktionen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen abzumildern.“ „Klimagerechtigkeit ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit und der Forderung an die Kirchen, jetzt zu handeln“, unterstrich LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Martin Junge. „Mit Verweis auf die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen fügte Junge hinzu: „Der Klimawandel ist alles andere als ‚fake news‘. Das sind vielmehr schlechte Nachrichten für die menschliche Familie und besonders für ihre am härtesten getroffenen Mitglieder. Das Pariser Klimaschutzabkommen muss umgesetzt werden. Jetzt!“

Der Klimawandel hat vielfältige Folgen: Die Bedrohungen für die biologische Vielfalt sind in Afrika gravierend wie nirgendwo sonst“, stellte Ameenah Gurib Fakim, Präsidentin der Republik Mauritius fest. „Afrikanische Arten verschwinden doppelt so schnell wie weltweit, was auf den Verlust von Lebensräumen und den ökologischen Fußabdruck der Menschheit zurückzuführen ist. Dies wurde durch menschliches Handeln verursacht, wie Wilderei, Entwaldung, Abholzung, Extraktion und schädliche Prozesse, um die Landwirtschaft zu zerstören und zu verbrennen, die das afrikanische Wasserökosystem zutiefst bedroht. Die Auswirkungen werden durch den Klimawandel noch verstärkt.“ Modelle, die die Auswirkungen von Klimaschwankungen in Afrika berechnen, zeigen dass, wenn die Temperatur bis 2040 um ein Komma fünf Grad steigt, die finanziellen Auswirkungen ein Komma sieben Prozent des afrikanischen BIP betragen

werden. Wenn sie bis zum Ende des Jahrhunderts um vier Komma eins Grad ansteigt, werden die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Kontinents betragen.

Anliegen der COP23-Agenda war es, ein „Regelbuch“ und Leitlinien für die Umsetzung des Pariser Abkommens zu verhandeln und damit das richtige Umfeld und die richtige Dynamik herzustellen, damit alle Länder ihre nationalen Pläne zur Emissionsminderung auf Vordermann bringen, erneuerbaren Energien einen höheren Stellenwert zuerkennen und den ärmsten und am schlimmsten betroffenen Menschen und Gemeinschaften adäquat geholfen wird.

Zu den bemerkenswerten Ereignissen am Rande der Konferenz gehörte die Gründung der Power Past Coal Alliance durch Großbritannien und ein Bündnis von derzeit 25 Ländern und Bundesstaaten, die aus der Kohle aussteigen wollen. Weitere Länder sind zum Beitritt aufgerufen. Bis zur nächsten Klimakonferenz COP24 sollen es 50 werden.

## Arktische Versammlung: „Gerechter Frieden mit der Erde“

„Ein gerechter Frieden mit der Erde“ war das Thema einer vom OeRK organisierten Konferenz im Zusammenhang mit der Arktischen Versammlung. Zu der größten jährlichen internationalen Versammlung zur Zukunft der Arktis kamen über 2000 Teilnehmende aus 50 Ländern zusammen. Gastgeberin der OeRK-Konferenz vom 13. bis 15. Oktober 2017 war die Evangelisch-Lutherische Kirche Islands. Im Rahmen der Arktischen Versammlung betonte die OeRK-Delegation die wachsende Rolle religiöser Gemeinschaften hinsichtlich des Klimawandels und nachhaltiger Gemeinschaften. Der Oekumenische Patriarch Bartholomäus I. hielt auf der Versammlung eine Grundsatzrede.

Unter den Rednern der OeRK-Konferenz war auch der OeRK-Präsident für Europa, Anders Wejryd, der darauf hinwies, dass über

lange Zeit die meisten Völker völlig von der Natur abhängig waren, wodurch sie Respekt für die Natur lernten und sie sich um sie kümmerten. „Heute wird dieses Wissen fast nur noch von indigenen Völkern weitergegeben, die ein traditionelles Leben führen“, sagte er. „Sie sind es, die am meisten vom Klimawandel bedroht sind. Und hier in der Arktis ist der Temperaturanstieg doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt; er zerstört Leben und Kulturen ... Der anthropozentrische Ansatz der letzten Jahrhunderte hat zu einem bis dahin ungekannten Ausmaß an Wohlstand, Wissen und besseren Lebensbedingungen geführt“, erklärte er. „Die Widerstandskraft und Fülle der Natur haben uns dies ermöglicht. Es ist sehr verlockend anzunehmen, dass es auch in Zukunft so weitergehen wird. Verlockend und bequem – aber leider falsch. Wir stoßen an Grenzen. Wir haben schon Grenzen überschritten.“

### Der Weg zu einem positiven Wandel

In einer zum Abschluss der Konferenz veröffentlichten Botschaft waren sich die Teilnehmenden einig, dass wir uns durch unsere Schändung und Zerstörung der Umwelt, die viele Generationen lang treu in Ehren gehalten wurde, an Gott und der Schöpfung versündigen. „Es kann keine nachhaltige Entwicklung zulasten spiritueller Werte und der natürlichen Umwelt geben“, heißt es in der Erklärung. „Kirchen und Glaubensgemeinschaften haben sich genauso wie andere Akteure der Gesellschaft an umweltschädlichen Praktiken beteiligt.“

### Ungleichheit weltweit: World Inequality Report 2018

In Paris wurde im Dezember 2017 der erste „World Inequality Report“ veröffentlicht. Er ist Ergebnis eines international einzigartigen Projekts zur Erfassung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen weltweit. Federführend sind die Ungleichheitsforscher Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Facundo Alvaredo, Gabriel Zucman und andere.

vgl. [www.http://wid.world/](http://wid.world/).

Der Bericht zeigt, dass die Ungleichheit der Einkommen weltweit sehr unterschiedlich stark ausgeprägt ist, sie jedoch in den meisten Weltregionen zugenommen hat.

So betrug 2016 der Anteil der obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher am gesamten Einkommen 37 Prozent in Europa, 41 Prozent in China, 46 Prozent in Russland, 47 Prozent in USA/Kanada und rund 55 Prozent in Subsahara-Afrika, Brasilien und Indien. Im Nahen Osten sind dies sogar krasse 61 Prozent.

Die Veränderung seit den 1980er Jahren fiel dabei sehr unterschiedlich aus: besonders rasant hat die Ungleichheit in Russland und Indien und auch in China zugenommen, während die Zunahme in Europa vergleichsweise weniger stark war. Im Nahen Osten sank der Anteil der Spitzeneinkommen dage-

gen von einem noch höheren Niveau ab. Weltweit hat das oberste Prozent der Einkommensbezieher doppelt so stark vom Wirtschaftswachstum seit den 1980er-Jahren profitiert wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung, wobei letztere ebenfalls ein deutliches Wachstum verzeichneten. 27 Prozent des Wachstums seit 1980 gingen allein an das oberste Prozent der globalen Einkommensverteilung. Die „globale Mittelschicht“, zu der die einkommensärmsten 90 Prozent in der EU und den USA zählen, wurde in der Verteilung zusammengestaucht.

Auch in den großen Aufholländern Indien und China hat die Ungleichheit stark zugenommen.

In Deutschland bekommen heute die 10 Prozent Spitzenverdiener 40 Prozent des Gesamteinkommens. Diese Entwicklung geht „Hand in Hand“ geht mit dem Wachstum des Niedriglohnssektors“.

### Private und öffentliche Vermögen

Ein weiterer Fokus des World Inequality Reports liegt auf der Entwicklung privater und öffentlicher Vermögen

Generell ist der Bestand an Vermögen im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung stark gewachsen. Allerdings hat sich die Position des öffentlichen Sektors in fast allen Ländern seit den 1980er-Jahren verschlechtert: das öffentliche Vermögen liegt nach Jahrzehnten der Privatisierungspolitik in den reichen Ländern heute nahe Null oder im negativen Bereich, also Verschuldung bei den Vermögenden.

In dem Bericht warnen die Autoren mit drastischen Worten davor, das Problem der Ungleichheit politisch zu ignorieren: weiter wachsende Ungleichheit wird absehbar, wenn sie nicht rasch angegangen wird, zu verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen führen.

Immer weniger Kapital liegt in öffentlicher Hand, weil seit 1980 „riesige Mengen an öffentlichem Vermögen in private Hände transferiert wurden“, wie die Autoren schreiben. Das ist das Ergebnis der großen Privatisierungswelle seit den 80er Jahren.

### Maßnahmen gegen wachsende globale Ungleichheit

Als Maßnahmen, um der globalen Ungleichheit zu begegnen, empfehlen die Verfasser der Studie, höhere Einkommen auch mit höheren Steuern zu belasten, ebenso Erbschaften. Die Ungleichheit in Schwellenländern ohne Erbschaftsteuer sei besonders hoch. Erforderlich sei ein weltweites Finanzregister, um Steuerflucht zu bekämpfen, Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung und angemessene Mindestlöhne. Außerdem freien Zugang zu Bildung, höhere öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Eine Besonderheit ist dem Bericht zu-

grunde liegenden World Wealth and Income Database (WID) ist, dass die Daten zumeist nicht auf Haushaltsbefragungen basieren – Datensätze, bei denen häufig die Konzentration von Einkommen und Vermögen an der Spitze unterschätzt werden – sondern auf Steuerstatistiken und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Auch Schätzungen zu Offshore-Vermögen werden einbezogen (vorsichtigen Berechnungen zufolge immerhin rund acht Prozent der weltweiten Vermögen). Über 100 Ungleichheitsforscherinnen und -forscher weltweit bauen die Datenbank weiter kontinuierlich aus. Mittlerweile finden sich darin Daten zu Einkommen und Vermögen aus über 70 Ländern.

vgl. <http://wid.world/world-inequality-lab/>

### Forderungen von Oxfam

Regierungen müssen fünf sofortige Schritte unternehmen, um Unternehmen und die superreichen, betrügerischen armen Länder von über 170 Milliarden Dollar Steuereinnahmen pro Jahr abzuhalten, verlangt die in England ansässige Nichtregierungsorganisation Oxfam.

In einem Fünf-Punkte-Plan fordert sie von den Regierungen:

1. *Vereinbarung einer globalen schwarzen Liste von Steueroasen auf der Grundlage umfassender objektiver Kriterien und Ergreifen strenger Gegenmaßnahmen, einschließlich Sanktionen, um deren Nutzung einzuschränken.*
2. *Schaffung einer globalen Steuerbehörde, in der alle Länder gleichberechtigt zusammenarbeiten können, um die grundlegenden Steuerreformen zu vereinbaren, die sicherstellen, dass das Steuersystem für alle funktioniert.*
3. *Steuerabkommen dürfen die Steuerbemessungsgrundlagen der Entwicklungsländer nicht ausnutzen. Arme Länder verlieren häufig durch unfaire Steuerabkommen.*
4. *Beendigung des Steuergeheimnisses für die Superreichen durch ein zentrales öffentliches Register der Personen, die Eigentümer von Mantelgesellschaften, Trusts und Stiftungen sind und von diesen profitieren.*
5. *Beendigung des Unternehmens-Steuergeheimnisses dadurch, dass alle multinationalen Unternehmen Finanzberichte für jedes Land, in dem sie tätig sind, öffentlich zugänglich machen.*

### Theologie und Ökonomie: Verknüpfung

Um innerhalb der Kirchen die Wirtschaftskompetenz zu fördern, fand in Lusaka (Sambia) ein zweiter ökumenischer Kurs zu Leitung, Wirtschaft und Management im Dienst einer Ökonomie des Lebens statt. 15 Teilnehmende aus verschiedenen Kirchen weltweit kamen am Kingsley Mweenda Centre des Kirchenrates von Sambia zusammen. Die GEM School ist eine gemeinsame Initiative des OeRK und der Weltgemein-

schaft Reformierter Kirchen (WGRK) als Teil des ökumenischen Aktionsplans für eine neue internationale Wirtschafts- und Finanzstruktur. Pastor Chris Ferguson, Generalsekretär der WGRK, erklärte, das Hauptziel des Kurses im Sommer 2017 sei die Förderung der Wirtschaftskompetenz für die Transformation innerhalb der Oekumene: „Die Vielfalt der Kirchen und Nationalitäten ist sehr wichtig. Diese Teilnehmenden repräsentieren die Vision dieses Kurses, alle zu versammeln, um das aktuelle ausbeuterische und ungerechte Wirtschaftssystem zu verändern.“

Pastorin Marceline Niwenshuti aus Ruanda sagte, sie nehme deswegen an dem Kurs teil, weil ein zentraler Punkt der christlichen Lehre sei, dass die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen erfüllt werden müssen. „Es besteht eine Kluft zwischen der Theologie und dem wahren Leben, und deswegen wird mir die GEM School das Wissen vermitteln, das mir bei meiner Arbeit helfen wird.“

„Ich freue mich, hier etwas über Wirtschaft zu lernen, und ich will dieses Wissen zuhause in Ruanda in meinen Predigten einbringen. Ich werde mich auch an andere Kirchenvertreter wenden und prüfen, wie wir am besten zur Entwicklung der afrikanischen Wirtschaft beitragen können“, fügte sie hinzu. „Es war ein Privileg, mit Menschen aus der ganzen Welt in Kontakt zu kommen. Jetzt habe ich ein ganz anderes Verständnis von Wirtschaft. Ich werde die hier gemachten Erfahrungen dazu nutzen, in meinem Land alternative Wirtschaftsformen vorzuschlagen“, sagte Heekyung Cheong aus Südkorea.

Zwei Teilnehmende aus den USA – Dr. Isabel Call, eine ausgebildete Ökonomin, und Nathan Hunt – erinnerten an die Auswirkungen der Weltfinanzkrise von 2008 und wiesen auf die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich selbst in ihrem Land hin. „Alternative Konzepte wie staatliche Banken könnten eine Idee für die Zukunft sein“, sagte Hunt.

Die GEM School berücksichtigt Kontext, Pluralismus und fachübergreifende Ansätze. „Feministische und ökologische Ansätze bieten einen alternativen Blick auf die Wirtschaft und darauf, worum es bei der Wirtschaft gehen sollte“, meinte Athena Peralta, OeRK-Programmreferentin für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit.

### Schweizer Frauensynode: Weg vom Geld – hin zu menschlichen Bedürfnissen

Schweizerinnen und Schweizer leisten mehr als die Hälfte der Arbeit ohne Bezahlung. Dafür fordert die Schweizer Frauensynode mehr Anerkennung. Die Frauensynode strebt einen Paradigmenwechsel in der Ökonomie an, weg vom Geld hin zum Kerngeschäft der Wirtschaft, das Befriedigung menschlicher Bedürfnisse will, wie Dr.

Regula Grünenfelder, katholische Theologin und Leiterin der «Fachstelle feministische Theologie» für die Frauenkirche Zentralschweiz in einem Interview ausführte. Geld sei eigentlich nur ein Mittel zum Zweck, aber es habe sich verselbständigt. „Die Ökonomie konzentriert sich nur noch darauf. Das ganze Wirtschaftssystem verhält sich wie ein Suchtkranker, der nur noch für seine Drogen lebt. Wenn Geld das einzige Bedürfnis dieses Systems ist und alle Aufmerksamkeit fordert, ist das der Anfang der Selbsterstörung. Ein Teil der Menschheit zerstöre die Ressourcen der Erde, weil die Rohstoffe nicht ansatzweise so schnell nachwachsen, wie er sie verbraucht. Das sei eine Folge unserer Wachstumsökonomie.“

### Weltkirchenrat: Für atomwaffenfreie Welt

Auf seiner Tagung in Amman (Jordanien) im November gab der Exekutivausschuss des Weltkirchenrates eine „Erklärung zum Atomwaffenverbotvertrag und zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ ab.

Darin heißt es: „Atomwaffen dürfen unter keinen Umständen noch einmal eingesetzt werden.“

Und weiter: „Wir freuen uns, dass seit Beginn des Prozesses am 20. September 2017 der Atomwaffenverbotvertrag bereits von 53 Staaten unterzeichnet und von drei Ländern sogar schon ratifiziert wurde – ein guter Start auf dem Weg zu den 50 Ratifizierungen, die der Vertrag zu seiner Wirksamkeit benötigt.“

Außerdem begrüßt der OeRK in der Erklärung die Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), bei der neben zahlreichen zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen auch der OeRK Mitglied ist.

Die Gefahr eines Atomkrieges ist so groß wie seit dem Koreakrieg in den 50er Jahren



### Doomsday Clock auf zwei ein halb Minuten vor Zwölf

Wie dringlich der Einsatz gegen Atomwaffen ist, macht steht die sogenannte Doomsday Clock deutlich. Seit 2017 steht sie auf zwei ein halb Minuten vor Zwölf.

nicht mehr. Aktuelle Krisenherde insbesondere um Nordkorea, aber auch zwischen den USA und dem Iran, um die Ukraine und Syrien verdeutlichen die Sorge vor einem auch atomaren Schlagabtausch mit allen Folgen. Der UN-Generalsekretär António Guterres sprach zu Neujahr von „Alarmstufe rot“. In Deutschland will eine Koalition von Initiativgruppen dazu beitragen, das Verbot von Atomwaffen durchzusetzen. Dazu trifft sich eine bundesweite Planungs- und Aktionskonferenz am Samstag, **27. Januar 2018** in 50670 Köln, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, von 11.00 bis: 17.00 Uhr.

### Vatikan: Nuklearwaffen ächten

Im Vatikan trafen sich Friedensnobelpreisträger und Vertreter von Atommächten Anfang November zu einer Konferenz. Das Ziel: Nuklearwaffen vertraglich zu ächten. Papst Franziskus wollte ein Signal setzen.

Soziale Unterschiede, Not und Ängste, die der Ursprung vieler Konflikte sind, würden durch Nuklear-Waffen nicht beseitigt, Terror-Anschläge nicht verhindert, so Papst Franziskus. Das Gegenteil sei der Fall. Gewalt provoziere immer neue Gewalt.



Pressekonferenz im Oekumenezentrum in Genf zum Nobelpreis 2017 für ICAN



Photos: © OeRK

*Im Rahmen des OeRK-Programms für interreligiösen Dialog und Kooperation besuchte vom 10. bis 13. Oktober eine kleine Gruppe von Professoren und Studierenden der Universität der Religionen und Denominationen aus Ghom/Iran den OeRK und Bossey, um Möglichkeiten für weitere Kooperation auszuloten. Delegationsleiter war Dr. Mahdi Salehi, der Beauftragte der Universität für internationale Beziehungen.*

Doch jene neun Länder, die im Besitz von Atomwaffen sind, boykottieren deren vertragliche Ächtung, so auch alle NATO-Mitgliedsstaaten. Zu ihnen gehört Deutschland. Der Vatikan lud auch die Botschafter jener Länder zur Konferenz ein. Es sei an der Zeit, kommentierte Muhamed El Baradei, „den Regierungen klar zu machen, dass sie umdenken müssen, – zum Wohl der Menschheit.“

„Wir müssen damit weitermachen, Druck auf die Atomwaffenstaaten aufzubauen“, verlangte der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). „Man kann kein Sicherheitssystem haben, das sagt, einige seien gleicher als andere, oder dass wir uns zwar nicht auf Atomwaffen verlassen können, man sie aber nicht abschaffen kann. Das ist einfach nur arrogant!“

Die Welt brauche vielmehr ein Sicherheitssystem, das gerecht und inklusiv sei und in dem jeder sich sicher fühlen könne, betonte er.

Der Gastgeber der Konferenz, Kurienkardinal Peter Turkson sagte, die Welt stehe am Rande einer Nuklearkatastrophe. Sicherheit hänge nicht von der Anzahl der Waffen ab, die wir zur Verfügung hätten, betonte er. Er unterstrich mit einem Zitat des früheren US-Präsidenten Eisenhower, wie viele Ressourcen die Bereitstellung von Atomwaffen für Entwicklungsprojekte abziehe. Denn jedes Mal, wenn man Waffen benutze, stehe man von denen, die um das Überleben kämpfen müssen.

Allein die USA müssten für Erhalt und Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals in den kommenden 30 Jahren rund eins Komma drei Billionen Dollar ausgeben, hieß es bei einem Podium der UNO-Botschafter und Mitarbeiter der NATO-Führungsebene.

## **Weltkirchenrat und Iran: Kontakte zu iranischer Universität für Religionen**

Schon seit über 20 Jahren bestehen Beziehungen zwischen dem Oekumenischen Rat der Kirchen und dem Zentrum für interreligiösen Dialog in Teheran (Iran). In diesem Rahmen entstand jetzt ein Kontakt zur Universität für Religionen und Konfessionen

in der iranischen heiligen Stadt Ghom. Die vor etwa 20 Jahren gegründete Universität legt den Schwerpunkt auf nicht-muslimische Religionen wie das Christentum und auf nicht-schiitische Formen des Islam. Die Universität kooperiert bereits seit vier Jahren mit dem OeRK, beispielsweise indem sie einige Studierende zu den interreligiösen Sommerkursen in Bossey bei Genf schickt.

## **Irak: Religiöse Vielfalt in Gefahr**

Während der Tagung des Exekutivausschusses des Oekumenischen Rates der Kirchen in Amman vom 17.-23. November wurde eine Erklärung über die jüngsten Entwicklungen im Irak und die schwierigen Aussichten für die Aufrechterhaltung der religiösen und gesellschaftlichen Vielfalt und die Zukunft der Nation und ihrer Völker veröffentlicht.

Dem OeRK zufolge hat zwar die Rückeroberung der Ninive-Ebene, der Stadt Mossul und anderer Gebiete den ‚Islamischen Staat‘ aus der Region vertrieben, aber dieser Erfolg musste mit dem tragischen Verlust zahlreicher Menschenleben und großen Zerstörungen bezahlt werden. Und er bringt neue Herausforderungen für den Wiederaufbau der betroffenen Gemeinschaften und für die Förderung des sozialen und religiösen Zusammenhalts im Irak mit sich. Der OeRK-Exekutivausschuss „fordert die Zentralregierung des Irak und die Regionalregierung von Kurdistan auf, die derzeitige Krise im Dialog und in Verhandlungen zu lösen und alle weiteren Konflikte in einer Region zu vermeiden, die schon so viel Gewalt und Leid erlebt hat.“

Das irakische Parlament hat derweil Änderungen am Personenstandsgesetz abgelehnt, die es religiösen Richtern erlaubt hätten, diskriminierende Gesetze in Familienangelegenheiten durchzusetzen, erklärte Human Rights Watch im Dezember 2017.

Durch die Änderungen wären Bereiche wie Erbschaft und Scheidung erfasst worden, beispielsweise wäre es in bestimmte Religionsgemeinschaften dann möglich geworden Mädchen bereits im Alter von acht Jahren zu verheiraten. Zwar ist der Vorstoß nicht zuletzt am Widerstand der Parlamentsausschusses für Frauenrechts gescheitert,

einige Parlamentarier haben aber bereits damit gedroht, bei den anstehenden Parlamentswahlen im Mai 2018 weiter für diese Änderungen zu kämpfen. Die Gesetzesinitiative war am 1. November aus den Reihen mehrerer schiitischer Parteien, angeführt von der Fadhila-Partei des amtierenden Justizministers eingebracht worden.

## **Interreligiöser Dialog in Beirut**

Zu einem dreitägigen konstruktiven interreligiösen Dialog in Beirut versammelten sich vom 11.-13. Dezember 2017 mehr als 40 religiöse Führer aus dem Irak unter der Schirmherrschaft des Weltkirchenrats. Dabei ging es um die Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Rolle der religiösen Führer bei der Wiederherstellung integrativer, multireligiöser und multikultureller Gemeinschaften im Irak nach Jahren des Konflikts.

Die Konferenz erwies sich als Gelegenheit, mit der Planung für die Zukunft zu beginnen. Sie war zugleich eine Einübung in die Akzeptanz des Anderen und der Zusammenarbeit. „Dieser Dialog stärkt das Vertrauen zwischen den anwesenden religiösen und konfessionellen Führern und ermöglicht es uns, positiv zu interagieren“, sagte Schiitenführer Sheikh Dr. Yousif Al-Nasery, Generalsekretär der Shura Religionsgelehrten. „Es bringt uns einander näher, was unserem Volk im Irak ein gutes Beispiel für Koexistenz und religiösen Dialog bietet ... Wenn wir uns treffen und den Dialog unter uns stärken, fördern wir die Mäßigung und Akzeptanz anderer sowie die Anerkennung von Fehlern – und das sind notwendige Komponenten, um einen fortschrittlichen Zivilstaat im Irak aufzubauen.“ Dr. Khaled al Mulla, prominenter sunnitische muslimischer Kleriker in Bagdad, bestätigte in seiner Ansprache: „Wir sollten nicht leugnen, dass einige der Gewalttaten, die wir in unserem Land erlebt haben, ihre Wurzeln in Religion und religiösen Texten haben. Wir müssen diese Tatsache zunächst akzeptieren und dann unsere Rolle als religiöse Führer bei der Suche nach Abhilfemaßnahmen finden.“

## **OeRK und Muslimische Weltliga: Gemeinsam Extremisten bekämpfen**

Dr. Mohammad bin Abdul Karim Al-Issa, Generalsekretär der Muslimischen Weltliga mit Sitz in Mekka, besuchte am 9. November den Weltkirchenrat in Genf. Bei dieser Gelegenheit erklärte Al-Issa: „Die Religionsfreiheit ist eine menschliche und logische Notwendigkeit, eine Selbstverständlichkeit, wenn wir die heiligen Texte richtig verstehen.“

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

## Aus oekumenischen NETZEN

### ► Berlin

#### Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie 2030 im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick mit Beteiligung der Oekumenischen Initiative

Im Jahr 1992 fand in Rio de Janeiro die UN-Umweltkonferenz Umwelt und Entwicklung statt. In ihr wurde die Agenda 21, das heißt: „Was ist zu tun im 21. Jahrhundert?“, verabschiedet. Der Bezirk Köpenick, jetzt Treptow-Köpenick, hat deshalb 1993 begonnen, eine Lokale Agenda 21 zu entwickeln, die 2004 vom Bezirksamt mit 20 Leitbildern beschlossen wurde. Im ersten Leitbild der Agenda wurde eine Verknüpfung mit dem Konziliaren Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ hergestellt, welcher seit 1983 eine Reduzierung der globalen Gefahren durch Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verlangt.

Im Jahr 2000 haben die Vereinten Nationen für das Jahr 2015 acht Millenniums-Entwicklungsziele zur Beseitigung von Armut und Hunger für den globalen Süden beschlossen. Diese Ziele wurden nur teilweise erreicht. Die Probleme haben sich weiter verschärft.

Um den negativen Trend umzukehren haben die Vereinten Nationen 2015, eine erweiternde Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit 17 Nachhaltigkeitszielen beschlossen, die noch einmal in 169 Unterziele eingeteilt sind. Zwei wichtige Neuerungen sind dabei festzustellen: Die Ziele gelten für alle Nationen und sie müssen auch von industrialisierten Ländern wie Deutschland umgesetzt werden. Zudem ist die Friedensfrage erstmals integraler Bestandteil einer Agenda im Nachhaltigkeitsziel 16. Im Konziliaren Prozess war dies schon ab 1983 der Fall.

Der Erfahrungsschatz aus dem langen Agenda 21-Prozess, konkret dann vor Ort die Schaffung einer Vollzeitstelle „Koordinator kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ im Bürgermeisterbereich und die Durchführung vielerlei Aktivitäten haben die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 26. September 2017 veranlasst, zwei Beschlüsse zum Nachhaltigkeitsprozess in Treptow-Köpenick zu fassen. Darin ist die Erarbeitung einer Kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie 2030 für Treptow-Köpenick enthalten. „Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin unterstützt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27.09.2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an alle Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale

le Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.“ (Drucksache BVV Nr. VIII/0150: „Die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“)

Hier sieht sich die Kommunale Oekumene Treptow-Köpenick gefordert, sich in diesen Prozess, wie auch bei der Lokalen Agenda21, die bis zur Verabschiedung der Kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie ihre Gültigkeit behält, mit eigenen Gedanken und Vorstellungen einzubringen.

Ihre Vorschläge für eine aktive Beteiligung lauten:

▷ *Mitwirken bei Fairtrade Town Treptow-Köpenick.*

Infos: [www.berlin.de/ba-treptowkoepenick/ueber-den-bezirk/nachhaltigkeit/](http://www.berlin.de/ba-treptowkoepenick/ueber-den-bezirk/nachhaltigkeit/).

▷ *Unterstützung bei der Erarbeitung der Kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie.*

Infos über das Oekumenische Büro.

▷ *Änderung der Ernährungsgewohnheiten.*

Infos: [www.ernaehrungsrat-berlin.de](http://www.ernaehrungsrat-berlin.de).

▷ *Verstärkung der Eine Welt-Arbeit im Bezirk.*

Infos: [www.einewelt-tk.de](http://www.einewelt-tk.de).

▷ *Einrichtung eines Arbeitskreises der Redakteure der Gemeindeblätter.*

Infos über das Oekumenische Büro.

▷ *Berliner Klimaschutzprogramm*

Infos: [www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/bek\\_berlin/](http://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/bek_berlin/).

Ansprechpartner: Oekumenisches Büro

Kontakt: Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick,

Rudower Straße 23, 12557 Berlin, Telefon: (+49) 030 -

467 345 94, E-Mail: [oeck\\_trep\\_koep@gmx.de](mailto:oeck_trep_koep@gmx.de),

[www.kommunale-Oekumene.de](http://www.kommunale-Oekumene.de)

### ► Rhein-Mosel-Saar

#### Prekäre Finanzen und Solidarität

Die intensive Arbeit des Oekumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar mit einem Hauptamtlichen leidet unter einer prekären Finanzsituation.

Aus Sorge um die materielle Grundlage des Oekumenischen Netzes schrieb der Vorstand an Mitglieder und Freunde:

In unserem Kommentar zur Wahl haben wir deutlich gemacht, dass sie Ausdruck eines signifikanten Rechtsrucks in der deutschen Gesellschaft ist. Er geht einher mit einer „falschen Unmittelbarkeit“, in der Enttäuschung und Wut über Benachteiligung und Angst vor sozialem Abstieg auf „die“ Flüchtlinge, „die“ Ausländer, „die“ Banker, „die“ Politiker „konkretisiert“ werden - einer (Pseudo-) „Konkretisierung“, die sich immer neu in Gewalt entlädt. Solch „falscher Unmittelbarkeit“ setzt das Oeku-

menische Netz schon seit Jahren eine Reflexion entgegen, in der die Leiden der Einzelnen im Zusammenhang des Kapitalismus gesehen werden, dessen zerstörerische Dynamik nicht mehr zu übersehen ist. Solche Reflexion wird immer wichtiger, wenn wir den Prozessen etwas entgegenzusetzen wollen, die dadurch nach Entlastung in der Krise suchen, dass sie Einzelne zu Sündenböcken für die Probleme machen, die Ergebnis der globalen kapitalistischen Krisenprozesse sind.

Die Frage nach dem „Ganzen“ ist im Netz theologisch verwurzelt in der Frage nach Gott. Wer nach dem Gott der Bibel fragt, kann sich weder mit privater Suche nach Sinn und Glück noch mit esoterisch-religiöser Entlastung zufriedengeben. Mit dem biblischen Gottesgedanken verbinden sich Inhalte, in denen vor allem die Opfer der gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blick kommen. Sie geben 'zu denken' und lassen nicht nach religiöser Beruhigung, sondern nach Überwindung der Herrschafts- und Gewaltstrukturen fragen, unter denen Menschen leiden.

Der Vorstand des Oekumenischen Netzes ist der Überzeugung, dass diese Akzentuierung gesellschaftskritischen und theologischen Engagements, das sich vor allem in Veranstaltungen und Publikationen widerspiegelt, umso wichtiger wird, je mehr sich die Krise zuspitzt - aktuell ist aus Anlass des 25-jährigen Netz-Jubiläums eine größere Veröffentlichung zu den oben angesprochenen Themen sowie die Neu-Formulierung unseres Grundlagentextes „Das ‚Ganze‘ verändern“ in der „Mache“. Unsere finanzielle Lage macht es jedoch immer schwerer, unsere hauptamtliche Stelle zu finanzieren. Sie ist aber die Voraussetzung, ohne die das Oekumenische Netz nicht dazu in der Lage wäre, sein Engagement fortzusetzen.

Was die praktische Seite angeht, erinnern wir an das, was wir in ähnlicher Weise bereits in unserem Spendenbrief 2015 geschrieben haben:

Geld erhält das Netz über Mitgliedsbeiträge, strukturelle Zuwendungen von kirchlichen Institutionen und geförderten Projekten sowie über Honorare für Vorträge.

Zur Entschärfung des strukturellen Haushaltsproblems schlägt der Vorstand vor, die Mitgliederzahl zu erweitern. Zudem könnten Mitglieder überlegen, ob sie den regulären Mitgliederbeitrag um einen Solidaritätsbeitrag erhöhen. Auch Menschen werden angesprochen, die bei der Festlegung ihres Erbes mit Teilbeträgen sozial engagierte Gruppen bedenken. Schließlich sei an Solidaritätsveranstaltungen zu denken mit KünstlerInnen - einzelne oder Gruppen -, mit denen eine Veranstaltung geplant werden könnte, deren Einnahmen dem Netz zu Gute kommen könnten. Einzelspenden sind sehr willkommen.

**Bankverbindung bei der Sparkasse Koblenz**  
IBAN: DE13 5705 0120 0040 0018 77

SWIFT-BIC: MALADE51KOB

In der Folge haben mehrere Menschen mit kleineren und größeren, einmaligen und regelmäßigen Spenden auf die Bitte reagiert, aber in der Summe noch nicht ausreichend. Weitere Unterstützung ist nötig.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar  
Dominik Kloos, c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus  
Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/89 92 62 84  
info@oekumenisches-netz.de  
www.oekumenisches-netz.de

## ▶ Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland



### „Von meinen Früchten könnt ihr leben“

„Von meinen Früchten könnt ihr leben“, so lautet das Motto des Oekumenischen Tages der Schöpfung 2018. Das Motto wurde vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland ausgewählt. Es greift einen Satz aus dem Propheten Hosea auf (Hosea 14,9), wo das künftige Heil für Israel mit zahlreichen Früchten, die aus Gottes Händen kommen, verglichen wird. Die ACK will mit dem Motto dazu anregen, am Oekumenischen Tag der Schöpfung und in der Schöpfungszeit (1. September bis 4. Oktober) die Artenvielfalt der Schöpfung in den Blick zu nehmen.

Die Vielfalt der Arten reduziert sich drastisch. Nicht nur einzelne besondere Arten stehen mittlerweile auf der Roten Liste der Naturschutzverbände, auch Bienen, Insekten und Vögel sowie zahlreiche Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. In den vergangenen 30 Jahren soll allein der Insektenbestand in Deutschland um knapp 80 Prozent gesunken sein, wie ein Projekt von Forschern aus Krefeld zeigte. Die Vielfalt der Arten ist die Grundlage eines funktionierenden Öko-Systems, daher greift die ACK mit dem Motto des Schöpfungstages diesen Aspekt auf. Der seit 2010 oekumenisch begangene Tag der Schöpfung soll dem Gebet für die Bewahrung der Schöpfung gewidmet sein, das den Lobpreis des Schöpfers und die Umkehr wegen des menschlichen Vergehens an der Schöpfung umfasst. Gleichzeitig soll er dazu ermutigen, konkrete Schritte zur Bewahrung der Schöpfung einzubringen bzw. bisher schon geleistetes Engagement fortzusetzen und zu verstärken. Der Tag wird jährlich am ersten Freitag im September gefeiert. Je nach lokalen und regionalen Gegebenheiten können Gemeinden den Schöpfungstag auch an einem anderen Termin im Zeitraum zwischen dem 1. September und dem 4. Oktober feiern.

In diesem Jahr findet die zentrale Feier der ACK in Deutschland in Starkow (Nordvorpommern) statt. Die Materialien für den Gottesdienst werden von der ACK Mecklenburg-Vorpommern und der ACK in Deutschland gemeinsam vorbereitet. Beteiligt ist zudem der Verein „Backstein Geist und Garten“, der in Starkow die Backsteinkirche aus dem 13. Jahrhundert und das sie umgebende Areal mit einem Barockgarten sowie zahlreichen historischen Gebäuden pflegt und unterhält (Infos unter [www.starkow.net](http://www.starkow.net)). Der Verein hat sich zudem zum Ziel gesetzt, einige Streuobstarten zu erhalten und hat daher eine Wiese mit vom Aussterben bedrohten Arten angelegt. Der Gottesdienst in Starkow wird am 7. September 2018 auf dem Gelände um die Kirche gefeiert werden.

Weitere Informationen und Materialien zum Schöpfungstag finden Sie unter: [www.schoepfungstag.info](http://www.schoepfungstag.info).  
Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Ludolfstr. 2-4  
60487 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24 70 2713  
[marc.witzenbacher@ack-oec.de](mailto:marc.witzenbacher@ack-oec.de)

## ▶ Oekumenischer Ratschlag



### „Eine neue Reformation ist notwendig“

Der vierte Oekumenische Ratschlag am 8. Oktober 2017 schloss an eine Jahresversammlung von „Kairos Europa“ in Mannheim an. Er hatte zum Thema: „Eine neue Reformation ist notwendig“ und begann nach einem politischen Morgengebet von Werner Gebert mit einem ersten Referat von Dr. Beat Dietschy, früher Zentralsekretär von „Brot für alle“ in der Schweiz und derzeit Präsident von Comundo. Er nahm sich das Motto „Ecclesia semper reformanda“ vor, entfaltete ein Stück Reformationsgeschichte mit Fokus auf der Bedeutung von Gemeinwohl und der Theologie von Thomas Müntzer. Dazu untersuchte er die mögliche Wechselwirkung von konziliar erneuerter Kirche und SDGs.

Das zweite Hauptreferat hielt Pfarrerin Eva Hadem, Magdeburg, Friedenspfarrerin der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Sie stellte das Magdeburger Friedensmanifest 2017 vor und verknüpfte das mit dem nachhaltigen Entwicklungsziel (SDG) 16. Eva Hadem teilte mit, dass der Konziliare Prozess mit seinen Zentralbegriffen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöp-

fung in die Verfassung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland aufgenommen wurde. Sie resumierte gleichzeitig, dass im „Magdeburger Friedensmanifest“ das Themenfeld Nachhaltigkeit und Schöpfungsbewahrung nicht ausreichend ausformuliert wurde.

Das Manifest formuliert den Stand der Diskussion zum gerechten Frieden, wie er sich in Deutschland nach der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaika entwickelt hat. Konkretionen: in Deutschland geht es um Rüstung, Rüstungsproduktion und Rüstungsexport, Teilhabe an der atomaren Abschreckung durch Atomwaffen in Büchel und eine Sicherheitslogik, die als Kriegslogik wirkt. Diese Fragen sind in den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG 16) nicht so präzise formuliert wie im Magdeburger Manifest. Frau Hadem berichtete auch von der Einrichtung eines Rüstungskonversionsfonds in Thüringen.

Das dritte Hauptreferat steuerte Isolde Schönstein aus Wien bei. Sie ist Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Schöpfungsverantwortung in der katholischen Kirche in Österreich. Ein wichtiger Höhepunkt war dafür die Zweite europäische Oekumenische Versammlung in Graz 1996 mit einem eigenen „Oekumenischen Dorf“ der Basisinitiativen. Frau Schönstein war wesentlich beteiligt bei der Gründung des Europäischen Christlichen Umweltnetzwerkes (ECEN). Dort arbeiten mittlerweile 100 Vertreter aus christlichen Kirchen mit. Entwickelt wurde ein Entwurf für das liturgische Kirchenjahr für eine „Schöpfungszeit“. Erste Anstöße erhielt er vom orthodoxen Metropoliten Bartholomäus.

In den anschließenden Arbeitsgruppen wurde empfohlen, in das Magdeburger Manifest das Verbot der Weitergabe für Lizenzen von Rüstungsprodukten aufzunehmen. Die Kirche muss im Übrigen Modell werden für ein schöpfungsgerechtes Handeln.

Eine weitere Arbeitsgruppe mit Peter Schönhöffer befasste sich mit der Entwicklung eines Transformationspfades aus den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) heraus mit der Methode des „Dragon Dreaming“. Dazu ist ein Workshop geplant für junge Erwachsene vom **23. bis 25. März 2018** in Heppenheim.

## ▶ Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

In Mannheim berieten auch die Vertreter des Oekumenischen Netzes in Deutschland über die Weiterarbeit. Das OeNiD wurde seither von Michael Held, Bad Hersfeld, koordiniert. Michael Held ist unerwartet verstorben. Dr. Wazlawik erklärt seine Bereitschaft, bis auf weiteres die Koordinierungsfunktion von Berlin aus zu übernehmen.



Die Finanzmittel in Höhe von 1000,- Euro sollen bei der Stiftung Oekumene bis zu weiterer Beschlussfassung aufbewahrt werden. Die anwesenden Mitglieder des Oekumenischen Netzes in Deutschland stimmen diesem Beschluss einstimmig ohne Enthaltung zu.

Ein Treffen des OeNiD wird im Rahmen des nächsten Oekumenischen Ratschlags am Samstag, den **14. April 2018** nachmittags in Frankfurt stattfinden. Es geht auch um anstehende Klärungen zu Weiterarbeit und Repräsentation etwa in der Friedenskonferenz der EKD.

Zur weiteren Mitarbeit im Vorbereitungskreis erklären sich nach dem Tod von Michael Held bereit: Matthias Stöckermann, Kleinblittersdorf, von der Herrnhuter Brüdergemeinde, Arbeitskreis für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, und Dr. Wolfgang Thon, Bad Hersfeld, Arbeitskreis Frieden Bad Hersfeld.

## ► Oekumenischer Ratschlag im Frühjahr 2018 in Frankfurt

Ein Oekumenischer Ratschlag der Initiativgruppen tagte in Fortsetzung der Mainzer Oekumenischen Versammlung 2014 zweimal jährlich. Bei der Themenfindung für den nächsten Ratschlag wird „Für eine Wirtschaft, die dem Leben dient – Ausbrechen aus der strukturellen Gewalttätigkeit der Ökonomie“ gewählt. Als mögliche Unterthemen kommen in Frage: „Ökologische Schulden“ – „Wir leben auf Kosten der anderen – Was folgt daraus?“ oder „Wirtschaften im Jahr 2050“.

Das nächste Treffen findet statt am Vormittag des Samstags, **14. April 2018** in den Räumen der Hoffnungsgemeinde, Hafenstr. 5 in Frankfurt, fünf Minuten vom Hauptbahnhof. Impulsgeber am Vormittag ist Prof. Dr. Markus Wissen, Koautor zusammen mit Ulrich Brand von „Imperiale Lebensweise“ (oekom-Verlag: München 2017) sowie Podiumsteilnehmer bei der Oekumenischen Versammlung in Mainz.

Kontakt: Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick  
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23, 12557 Berlin  
Tel.: 030/4673 45 94, oek\_trep\_koop@gmx.de

## ► Akademie solidarische Ökonomie

### Faktenblätter und neue Homepage

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebensweise dringt in diesen Tagen langsam ins öffentliche Bewusstsein ein. Die von der UNO verabschiedeten Sustainable Develop-

ment Goals, denen sich die Bundesregierung angeschlossen hat, klingen in weiten Teilen wunderbar, und man möchte nur zu gerne nach diesem Strohalm greifen. Dennoch sieht die Wirklichkeit wohl anders aus. Die Gesetzmäßigkeiten einer auf Gewinnerzielung und Kapitalmehrung ausgerichteten Wirtschaftsweise vertragen sich eben nicht mit einer Wirtschaftsweise, in der es in erster Linie um Nachhaltigkeit und Solidarität geht. Mit ihrer Stimme und den eigenen Kräften versucht die Akademie auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen und Wege aufzuzeigen, wie eine solidarische Gesellschaft und Wirtschaft funktionieren kann. Sie will zu einer gesellschaftlichen Diskussion beitragen und Mut machen, sich auf diesen grundlegenden Wandel, der unser bisheriges Leben erheblich verändern wird, einzulassen. Auf einer neu eingerichteten Homepage bietet die Akademie „Faktenblätter“ an, auf denen sie in kurzer und gut lesbarer Form Analysen und Alternativen zur jetzigen Wirtschaftsweise vorstellt. In Vorträgen, Workshops und Seminaren können diese Inhalte vertiefend diskutiert werden.

[www.akademie-solidarische-oekonomie.de](http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de)

## Zehn Jahre Akademie Solidarische Ökonomie

Die Akademie wurde im Herbst 2008 auf der Burg Bodenstern gegründet. Anlässlich dieses kleinen Jubiläums wird die Akademie vom **31.08. bis 02.09.2018** auf der Burg Bodenstern kritisch prüfen, was erreicht wurde, sowie Perspektiven entwickeln, wie die Arbeit weitergehen kann. Dabei soll das Feiern und einfach Zusammensein nicht zu kurz kommen. Alle, die die Akademie in diesen Jahren begleitet haben und an dem Anliegen der Akademie interessiert sind, sind herzlich eingeladen.

Kontakt: Norbert Bernholt, Am Butterberg 16  
21335 Lüneburg, [nbernholt@t-online.de](mailto:nbernholt@t-online.de)  
[www.akademie-solidarische-oekonomie.de](http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de)

## ► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



## Die Zukunft gestalten. Hoffnung in der Planetarischen Krise

Das Memorandum des PLÄDOYER zu elf aktuellen ökumenischen Themen ist am 12. Dezember sowohl als üblich gestaltete epd-Dokumentation Nr. 50–51 wie auch mit farbig gestaltetem Umschlag als PLÄDOYER - Sonderausgabe – mit dem Oekumene-Schiff – erschienen.



Im Vorwort schreiben Werner Gebert und Gert Rüppell „Wer die Diskussionen im PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft über die letzten Jahre verfolgt hat, hat auch mitbekommen, dass eine strukturelle Veränderung angesagt war. Lange wurde überlegt, welche Form eine solche Veränderung haben würde. Dabei ging es von der Auflösung des PLÄDOYER bis zu möglichen Kooperationsangeboten bestehender ökumenischer Arbeitsgruppen. Zuletzt wurde dies noch einmal deutlich, als in der Evangelischen Akademie Hofgeismar im März 2017 unter dem Thema „... das Land ist hell und weit“ Zeit- und Zielansage für eine ökumenische Bewegung in Deutschland ein abschließender Ratschlag stattfand, bei dem diese strukturelle Veränderung und die mögliche Weiterarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Diskussion waren. Dabei lag das Angebot der Stiftung Oekumene auf dem Tisch, dass das PLÄDOYER als eine eigenständige Arbeitsgruppe unter dem Dach der Stiftung weitergeführt werden könnte. Damit gab es eine Perspektive, die auch inhaltlich gestaltet werden konnte. Hierzu wurde der Verein aufgelöst und viele der bisherigen Freundinnen und Freunde tragen das PLÄDOYER nun unter das neue Dach. Wichtig waren in Hofgeismar die Arbeitsgruppen, die im Blick auf die thematische Gestaltung eines Memorandums zur ökumenischen Lage, wie sie das PLÄDOYER von Zeit zu Zeit verfasst hat, berieten. Das hier vorgelegte Papier bezieht sich auf Anregungen, die auf der Tagung in Hofgeismar von den Teilnehmern gemacht wurden. Das „PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft“ hat sich als ein Kristallisationspunkt der ökumenischen Bewegung in Deutschland seit seiner Gründung im Jahre 1979 mit Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Fragen des Konziliaren Prozesses auseinandergesetzt. Oft wurden zu Vollversammlungen des OeRK Memoranden zu zentralen ökumenischen Themen in Deutschland und weltweit erstellt. Neben der Unterstützung von Themen des OeRK waren Einzelveröffentlichungen und ökumenische Bildungs-

arbeit wie Oekumenische Sommeruniversitäten zentrale Anliegen. Das PLÄDOYER pflegt derzeit Kontakte zu etwa 500 ökumenisch engagierten Einzelpersonen und Gruppen.

Ab 2018 wird das PLÄDOYER unter dem Dach der Stiftung Oekumene seine Arbeit fortsetzen können. Zugleich nimmt es Anstöße auf, die in Referaten von Werner Gebert und Bernd Winkelmann eingebracht wurden. Wir sind froh, dass sich nunmehr eine lange Diskussion um die Zukunft des PLÄDOYER wieder wendet zu einer Diskussion um die zentralen ökumenischen Fragestellungen von denen wir meinen, dass sie nicht nur uns, sondern auch die ökumenische Bewegung als ganze beschäftigen und uns so in die Solidarität mit vielen compa-neiros/as stellen, die sich jeweils vor Ort, in ihren Gemeinden und Gruppen für eine ökologische Transformation, für mehr Gerechtigkeit und Frieden im Dialog mit Menschen unterschiedlichster Glaubenszugehörigkeiten, zum Wohl dieses unseres gottgegebenen Kosmos einsetzen.

Der Titel des Memorandums lautet: „Der Vergangenheit verpflichtet. Die Zukunft gestalten. Hoffnung in der Planetarischen Krise“. In kleiner Schrift ist hinzugefügt. „Der EKD und dem OeRK zur Reflexion und Perspektive anlässlich des 70-jährigen Verpflichtungsjubiläums 1948“. Dem PLÄDOYER liegt sehr daran, dass die aktuellen ökumenischen Themen in Gemeinden, Gruppen und Gremien zur Kenntnis genommen und diskutiert werden. Infolge ausreichender Spenden für dieses Projekt kann die Sonderausgabe kostenfrei abgegeben werden. Bestellungen bitte richten an:

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14  
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/959898  
Fax: 959894, euw.gebert@t-online.de

## ► Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW)



### Transformation der Welt bis 2030

Unter der Themenstellung „Transformation der Welt bis 2030 – mit der globalen ErdCharta Ethik als Basis“ setzen wir uns am Wochenende vom **10. bis 11. Februar 2018** in Zierenberg bei Kassel mit Grundlagen und aktuellen Diskursen zu den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (engl.: Sustainable Development Goals/SDGs) auseinander, auf die sich die internationale Staatengemeinschaft im September 2015 geeinigt hat. Mit Beispielen aus Indien, Südafrika, Deutschland und Mexiko fragen wir dabei auch nach

den Hand Prints, die zivilgesellschaftliche Akteure weltweit in die Große Transformation hinein geben – und nach unserem eigenen Beitrag zu den SDGs mit der ErdCharta: Wie verorten wir uns mit unserem Ansatz transformativer und ganzheitlicher Entwicklungspolitischer Bildung mit der ErdCharta in der aktuellen developmentspolitischen Landschaft? Wie sieht unsere Aufgabe aus, damit die globalen Nachhaltigkeitsziele – keine Armut, kein Hunger, Gesundheit und Wohlergehen, hochwertige Bildung – Wirklichkeit werden? Wo steht der Anspruch der SDGs im Spannungsfeld von globalen Machtverhältnissen, bisheriger Wirtschaftswachstumslogik und dem Setzen auf technische Lösungen? Welche Antworten und alternativen Handlungsmöglichkeiten sind uns wichtig, um diese Widersprüche zu lösen? ReferentInnen: Elisabeth Staudt (Berlin), Referentin für Nationale Nachhaltigkeitspolitik im Berliner Büro des Forum Umwelt und Entwicklung. Reiner Mathar (Giessen), Senior Consultant und Experte für internationale Bildung für nachhaltige Entwicklung. ErdCharta Lehrerfortbildungen und Mitwirkung an ErdCharta Publikationen. Samstag, **10. Februar 2018** um 10.30 Uhr bis Sonntag, **11. Februar** um 14.30 Uhr im Tagungshaus Lebensbogen, Auf dem Dörnberg 12, 34289 Zierenberg, www.tagungshauslebensbogen.de. Die Kosten: 50,- bis 100,- Euro (nach Selbsteinschätzung, inklusive der Übernachtung und vegetarisch-ökologischer Verpflegung). Anmeldungen bitte über unsere Website [www.erdcharta.de](http://www.erdcharta.de). Nachfragen und Wünsche (wie zusätzliche Übernachtung von Freitag auf Samstag) bitte frühzeitig an [kerstin.veigt@oeiew.de](mailto:kerstin.veigt@oeiew.de).

Veranstaltungshinweise: Besuchen Sie gern unseren laufend aktualisierten Kalender unter [erdcharta.de/aktivitaeten/veranstaltungen](http://erdcharta.de/aktivitaeten/veranstaltungen)

Die OeIeW-Frühlingstagung 2018 findet von Freitag, **4. Mai 2018** 16:00 bis Sonntag, **6. Mai 2018** 14:00 in Warburg-Germete statt zum Thema „Gute Nachbarschaft in einer sich verändernden Welt – der Frieden ist wie ein Schneckenhaus“ mit anschließender Mitgliederversammlung.

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt e.V.  
Erd-Charta Koordinierungsstelle in Deutschland  
Anja Becker, Mittelstr. 4, D-34474 Diemelstadt-Wethen  
Tel.: 05694/1417, Fax: 1532, [anja.becker@oeiew.de](mailto:anja.becker@oeiew.de)  
[www.oeiew.de](http://www.oeiew.de), [www.erdcharta.de](http://www.erdcharta.de)

## ► Internationale Oekumenische Gemeinschaft (IEF)

### „Wir gehen zu auf die sichtbare Einheit der Kirche“

Die Internationale Oekumenische Gemeinschaft äußerte in einer Erklärung auf ihrer Generalversammlung im August 2017 ihren

„starken Schmerz, dass wir nicht immer miteinander die Eucharistie feiern können. Nichtsdestoweniger freuen wir uns sehr, wenn uns unter bestimmten Umständen Kirchenführer eucharistische Gastfreundschaft gewähren.“ Die Gemeinschaft erklärte: „Durch unsere ökumenische Berufung werden wir zu prophetischem Zeugnis in unseren Heimatkirchen und Gemeinden angeregt, ökumenische Beziehungen zu befördern, vor allem indem wir als Christen zusammenarbeiten, um christliche Werte in einer säkularisierten Welt zu fördern, Einwanderer und Flüchtlinge willkommen zu heißen und zu unterstützen und uns für Gerechtigkeit, Frieden und die Erhaltung der Schöpfung einzusetzen.“

„In diesem Neubeginn sind wir überzeugt, dass die sichtbare Einheit in versöhnter Verschiedenheit mehr denn je das letzte Ziel ist, für das unser Herr gebetet hat. Um dieses Ziel zu verwirklichen, verpflichten wir uns, neue Mittel, neue Wege, neue Generationen und neue Länder ausfindig zu machen. Wir bitten den Heiligen Geist, uns auf diesem unserem Weg zu leiten.“

(Wittenberg, 25. August 2017, verabschiedet von der IEF-Generalversammlung/General Assembly).

Das nächste internationale Treffen ist für **22.-29. Juli 2019** in Krakau/Polen vorgesehen.

Kontakt: Pfarrer Dr. Hans-Georg Link  
Heumarer Str. 7b, 51145 Köln  
Tel. und Fax: 022 03/91 68 53, [hglink@web.de](mailto:hglink@web.de)  
[www.ief-Deutschland.com](http://www.ief-Deutschland.com)

## ► Versöhnungsbund



### Versöhnte Vielfalt – die Würde des Menschen ist antastbar

Die nächste Jahrestagung wird unter dem Titel „Versöhnte Vielfalt – die Würde des Menschen ist antastbar!“ vom **10. bis 13. Mai 2018** im Jugendgästehaus Bad Schussenried stattfinden. Es geht um die Fragen von „gender – race – class“.

Kontakt: Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8  
32423 Minden, [www.versoenungsbund.de](http://www.versoenungsbund.de)

### Kommende Oekumenische Treffen:

**Mai 2021: Oekumenischer Kirchentag** in Frankfurt a. Main (12. bis 16.05.)

**Juni 2021: 11. Vollversammlung des OeRK** in Johannesburg oder in Karlsruhe

## ► Pax Christi



### „Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!“

Die Bundesregierung will mehr Geld fürs Militär ausgeben. Bisher sind es eins Komma zwei Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands. Laut Absprachen in der Nato soll dieser Anteil bis 2024 auf zwei Prozent gesteigert werden. Statt derzeit 37 Mrd. sollen also künftig 62 Mrd. Euro fürs Militär ausgegeben werden. Wenn Deutschland tatsächlich zwei Prozent ausgibt, ist es die stärkste Militärmacht in der EU.

Diese Aufrüstung lehnen wir ab, weil sie dem Vorrang für Zivil zuwider läuft. Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!

Deutschland hat seine Rüstungsausgaben im Jahre 2016 gegenüber dem Vorjahr um mehr als zehn Prozent erhöht. Der Verteidigungshaushalt lag 2016 bei 35,1 Mrd. Euro. 2017 sind es bereits über 37 Mrd. Euro. 1999 waren es noch 24,3 Mrd. Euro. Aktuell zählt die Bundeswehr 178 000 Soldaten. Bereits im vergangenen Jahr ist eine Aufstockung beschlossen worden, die nun erneut erhöht wird. Dazu kommen weitere 5000 militärische, 1000 zivile Angestellte und 500 Reservisten.

Wenn Deutschland tatsächlich zwei Prozent ausgibt, ist es, zusammen mit Russland, die stärkste Militärmacht Europas. Russlands Militärausgaben liegen derzeit bei 62 Mrd. Euro. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist deutlich größer als das BIP Großbritanniens oder Frankreichs. Knapp ein Fünftel des Bundeshaushalts wird dann für Rüstung ausgegeben. Eine solche Steigerung erfordert Kürzungen in anderen Bereichen des Bundeshaushalts, z.B. bei der Rente. Nicht mit uns! Zum Vergleich: Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit beträgt momentan 8,5 Mrd. Euro was zwei Komma sechs Prozent des Bundeshaushalts entspräche. Für die Entwicklungs- und Auswärtige Politik zusammen sind nur 13,77 Mrd. Euro vorgesehen.

Nicht mit uns! Denn Waffengewalt vertreibt Menschen aus ihrer Heimat. Kriege und Bürgerkriege zerstören Städte und Dörfer, vergiften ganze Landstriche, so dass dort nichts mehr wachsen kann. Hintergrund der Kämpfe sind meist Hungersnöte, Armut oder fehlende Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung, Konflikte um Land und Macht. Militäreinsätze, neue Rüstungsprojekte und Cyberkriege können diese Probleme nicht lösen. Waffen sind ungeeignete Mittel um Konflikte zu lösen, Hunger

zu stillen, Armut zu überwinden und die Schöpfung zu bewahren.

Frieden geht anders! Den Frieden fördern können gerechte Wirtschaftsverhältnisse, Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, die Aufnahme Geflüchteter und Hilfe bei Naturkatastrophen oder Epidemien. Deutschland trägt zum Frieden in der Welt bei durch: vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Ländern, Gewaltprävention, Handel, Unterstützung der Erstzufluchtländer Flüchtender, durch kulturellen Austausch und Entwicklungszusammenarbeit. Statt 62 Mrd. Euro für Rüstung auszugeben, schlagen wir vor, das Geld für die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einzusetzen. 62 Mrd. sind bereits über ein Drittel der Summe, die gebraucht wird, um „Entwicklungsziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle“ zu erreichen. Auch um extreme Armut und Hunger zu beseitigen sind 62 Mrd. mehr als ein Drittel der erforderlichen Summe.

### Mehr fürs Militär? Nicht mit uns!

#### Wir fordern die Bundesregierung auf:

- ▷ Stoppen Sie das Zweiprozentziel der Nato
- ▷ Stärken Sie Wege gemeinsamer Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit
- ▷ Setzen Sie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle

Kontakt: Internationale katholische Friedensbewegung pax christi, Deutsche Sektion  
Sekretariat: Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin  
Tel.: 030/200 7678-0, sekretariat@paxchristi.de

## ► Verein für die Friedensarbeit



### Für starke internationale Organisationen

Heuer jährt sich am **11. November** das Ende des ersten von Europa ausgehenden weltweit geführten Krieges mit zehn Millionen Toten und doppelt so vielen Verletzten zum einhundertsten Mal. Renke Brahm, Friedensbeauftragter der EKD, weist darauf hin dass seinerzeit keine Nachkriegsordnung mit starken internationalen Organisationen geschaffen wurde. Das habe den Weg zum zweiten von Deutschland ausgehenden weltweit geführten Krieg geebnet. Die Frage nach Entschärfung des Konfliktpotentials durch eine tragfähige Nachkriegsordnung stelle sich aktuell etwa in Syrien, sagte Brahm dem Evangelischen Pressedienst. Hilfreich könnten dort sowie in Afrika

Prozesse sein, wie sie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) angestoßen habe. Entscheidend seien starke internationale Organisationen mit der Kraft zum deeskalierenden Handeln. Völker dürften nicht in Siegerpose gedemütigt werden. „Das war die Idee des Marshall-Planes, der wichtigsten befriedenden Aktion nach 1945.“ Auch die Kirchen hätten nach Kriegsende 1918 mit Blick auf den biblischen Auftrag zur friedlichen Konfliktlösung versagt. Daraus erwachse heute eine besondere Verantwortung zum Eintreten für den Einsatz politischer, diplomatischer, ziviler und gewaltfreier Lösungsmechanismen in Krisen.

Kontakt: Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V. (VfF), Endenicher Str. 41, 53115 Bonn  
Tel.: 02 28/24 99 90, office@eak-online.de

## ► Oekumenische FriedensDekade



### Motto 2018: Krieg 3.0

Das Gesprächsforum der Oekumenischen FriedensDekade hat deren Motto für das Jahr 2018 festgelegt. Mit „Krieg 3.0“ soll angesichts der Gefahr der Eskalation vorhandener Konflikte weltweit auf die potenziellen Gefahren eines dritten Weltkriegs aufmerksam machen. Dabei soll die weltweite Aufrüstungsspirale, die sich auch in den Finanzplänen der kommenden Jahre für den Verteidigungshaushalt in Deutschland widerspiegelt, kritisch hinterfragt werden. Zugleich will die FriedensDekade den Fokus auf die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung kriegerischer Waffen legen. Ob Drohnen, Roboter oder Slaugtherbots: Die Entwicklung unbemannter, eigenständig agierender Killermaschinen ist auf dem Vormarsch, um Kriege – auch in Form von Cyberwars – wieder führbar zu machen.

Die Oekumenische FriedensDekade vom **11.–21. November 2018** soll einen Beitrag zum Frieden und gegen die Militarisierung von Politik und Gesellschaft leisten.

Kontakt: Oekumenische FriedensDekade e.V.  
Beller Weg 6, D-56290 Buch/Hunsrück  
www.friedensdekade.de

## Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

### Bayern

#### Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg  
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghthann  
Tel.: 091 83 / 95 00 39

### Berlin

#### Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick

Dr. Klaus Wazlawik  
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin  
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94  
klaus.wazlawik@gmx.de

### INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin  
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0  
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

### Bremen

#### Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36  
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

### Hamburg

#### Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona  
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg  
Heike-Schoon@web.de

### Hessen

#### Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7  
D-34131 Kassel  
dieter.lomb@ekkw.de

### Niedersachsen

#### Arbeitskreis Konziliarer Prozeß

Hermann de Boer  
Masurenstr. 9b  
D-31832 Springe

### Oldenburg

#### Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg  
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

### Pfalz

#### Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)  
Referat Konziliarer Prozess  
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer  
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0  
Fax: 0 62 32 / 67 15-67  
info@frieden-umwelt-pfalz.de

### Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

#### Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos  
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus  
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz  
www.oekumenisches-netz.de

### Rheinland

#### Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler, Kapellen, Immermannstr. 12  
D-41516 Grevenbroich  
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

#### Solidarische Kirche im Rheinland

#### Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9  
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr  
soki.rheinland@arcor.de

### Sachsen-Anhalt

#### Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2  
D-39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 53 46-493  
Fax: 03 91 / 53 46-490

### Sachsen

#### Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7  
D-01067 Dresden  
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68  
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60  
oekumene@infozentrum-dresden.de

### Westfalen

#### Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35  
D-44135 Dortmund  
Tel.: 02 31 / 54 09-72  
Fax: 02 31 / 54 09-21

#### Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer  
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg  
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35  
muhr-nelson@freenet.de

### Württemberg

#### Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12  
D-74348 Lauffen am Neckar  
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

### Oekumenisches Netz in Deutschland

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick  
(interimsweise)  
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23  
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94  
klaus.wazlawik@gmx.de

## Einladung

zu einer  
Fördermitgliedschaft  
bei der  
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für  
Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung  
der Schöpfung über die gemeinnützi-  
ge Stiftung Oekumene als Plattform  
für vielfältige Initiativen

Stiftung Oekumene

## Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse  
BIC HELADEF1822  
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab  
50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um  
Ihre Postanschrift.

Möchten Sie den

**OEKUMENISCHER  
INFORMATIONSDIENST**

regelmäßig erhalten?  
Samt Sonderdokumentationen für  
nur 10,- Euro im Jahr!  
Eine kurze Mitteilung per E-Mail oder  
Post genügt.

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30  
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

## IMPRESSUM

### OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

*Gegründet 1982*

#### Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.  
Verantwortlich:  
Ulrich Schmitthener  
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart  
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen  
Ulrich Schmitthener, Stuttgart  
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

#### Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

#### Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck  
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008  
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08